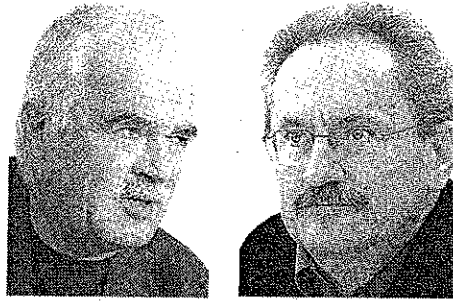


Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Ansammlung von Glühwürmchen

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler teilen sich jeden Donnerstag an dieser Stelle ihre Sicht der Dinge mit. Heute schreibt Peter Gauweiler über die bayerische SPD und ihre Haltung zur Erbschaftsteuer.

Lieber Christian!

Danke für Deinen Brief von letzter Woche in dieser Zeitung an mich. Sehr schön. Seit einiger Zeit stelle ich bei uns beiden einen sentimental-nachsichtigen Ton fest, der mich irgendwie beunruhigt. Hast Du nicht irgendetwas Provokatives, nachdem der Titanenkampf Beckstein/Maget hinter uns liegt? Wobei unser Günther zwischenzeitlich auf dem Weg ins Freie ist und seine Frau wieder anziehen, reden und lesen kann, was, wann und wo sie will. Während Franz Maget seinen SPD-Landesvorsitz zeitlich offensichtlich ins Unendliche ausdehnen will. Bitte schreib mir jetzt nicht irgendein genossenschaftliches Lob über die Person Maget – das wäre mit der Wahrheit gelogen. Er ist ein guter Mann und ein guter Redner ist er auch – aber er weiß selbst, dass er mit einer Fortsetzung seines bisherigen Unternehmens die Zeit seiner Partei und seine eigene

Zeit verschwendet. Es geht einen als Schwarzen ja nichts an, aber wenn ich mich für einen Moment auf die andere Seite des Schachbretts setze (gerade, wo über unsere liebe CSU von Euch so viel gelästert wird): So geht es mit der altherwürdigen Bayern-SPD nicht mehr weiter. Entweder einer von Euch roten Freistaats-Oberbürgermeistern übernimmt den Laden und bringt die Truppe auf Vordermann. Oder sie bleibt eine Ansammlung von Glühwürmchen.

Im Moment ärgere ich mich über die Haltung der SPD zur Erbschaftsteuer. Das wird für die bayerischen Familienunternehmen eine Katastrophe (für die Heuschrecken wird es ein Leckerbissen, weil die Erbschaftsteuerbetroffenen Anteile der Familienunternehmen im Todesfall besonders billig hergehen). Und die Deutsche Bank und Goldman Sachs zahlen niemals Erbschaftsteuer. Und

für die Hausbesitzer und Wohnungseigentümer soll jetzt der volle Verkehrswert zum Todesfall gelten (und nicht mehr der viel niedrigere Einheitswert bzw. Bedarfswert wie früher). Wobei die Frage ist, welcher „Verkehrswert“ derjenige erzielen kann, der unter Druck und wegen einer Steuer, die innerhalb eines Monats zu zahlen ist, verkaufen muss. Welchen Sinn wird es noch haben, sich ein Leben lang mit seinem bereits versteuerten Einkommen für die Ratenzahlungen eines Bausparvertrages abzuraubern, wenn die Familie den so geschaffenen Wert im Erbfall gleich noch mal versteuern muss. Eine solche Todessteuer hat nur einen Anreiz: Zu Lebzeiten alles zu verprasen! Immerhin wird der Lustgewinn des Verstorbenen nach dem vorliegenden Erbschaftsteuerreformentwurf nicht noch einmal versteuert.

Ich höre jetzt auf und belästige Dich nicht weiter. Es

wäre schön, wenn uns dieser Briefwechsel einem Verständnis näher brächte, was die Aufgabe von politischen Leuten in Bayern in der Zukunft sein kann. Zwar sind Taten noch besser als Worte, aber manchmal hilft das Schreiben für ein präziseres Denken. Jedenfalls mir. Wenn wir und andere uns darum nicht kümmern, werden die Politik und ihre Parteien zusammenfallen wie die Subprime-Anleihen aus den USA. Wo sich wieder einmal gezeigt hat, dass bei der Anhäufung von unterwertigen („subprime“) Anleihen nach einer gewissen Zeit selbst geringe Änderungen der Anfangsbedingungen zu einem erdrutschartigen Zusammenbruch führen. Was jedenfalls wir beide auf unsere mittellalten Tage nicht wollen können. Aber das wäre ja schon wieder eine Gemeinsamkeit. Furchtbar!

Herzlichst
Dein Peter Gauweiler